

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Die Postanweisung für Berlin an die Verlags- und Druckerei, neben Bestellungen an Interessenten: Reichsstraße 25 Bf., Sammlungsverlag, 13 Bf., Vereinsangelegenheiten 10 Bf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Verlags- u. Druckerei: Reichsstraße 25 Bf., Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Verksche
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1906)

Bei Abonnement von mindestens 3 Erwerbl. unter einer Adresse tritt für Kontingenzgeber der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsverksche Rudolf Klein, N.O., Reichsstraße 25 Bf., einzuweisen sind. Für Mitglieder des Bf. pro Kalender. Bei obligatorischem Abonnement istens der Gewerksvereine 25 Bf. pro Quartal. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 18.

Berlin, 4. Mai 1906.

Neundreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Fabrikeninspektion und die Arbeiter. — Die Wahlrechtsverhandlungen in Preußen. — An die Fabrikarbeiter Deutschlands! — Zur Denkmalfrage für Dr. Max Hirsch. — Wochenchau. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Die Fabrikeninspektion und die Arbeiter.

Ausnahmsweise früh sind in diesem Jahre die Berichte der Fabrikeninspektoren erschienen. Selbst der umfangreiche Band der preussischen Berichte, der sonst erst im Juni zu erscheinen pflegt, konnte diesmal schon Anfang April auf den Büchermarkt gebracht werden. Das ist sehr erfreulich. Es kann nur gewünscht werden, daß auch in den folgenden Jahren die Berichte möglichst früh herausgegeben werden.

Für besonders wichtig haben wir immer den Verkehr der Gewerbeinspektoren mit den Arbeitern und ihren Organisationen bezeichnet. In jedem Jahre erschien gleich nach Herausgabe der Berichte an der Spitze des „Gewerksvereins“ eine auszugswweise Wiederabgabe derjenigen Stellen, die sich mit diesem Verkehr beschäftigen. Wir glauben dadurch den Zwecken der Fabrikeninspektion in besonderer Weise zu dienen, haben wir doch auf diese Weise das Interesse in der Arbeiterschaft für den persönlichen Verkehr lebendiger machen helfen. Dester als früher werden nun auch unsere Gewerksvereine in den Berichten genannt, wenn auch nicht alle Fabrikeninspektoren die Arbeitervereine nach ihrer Richtung hin besonders bezeichnen, vielmehr von ihnen sehr oft der allgemeine Sammelname „Gewerkschaften“ angewendet wird.

Wir bitten um sorgfältiges Studium der nachfolgenden Auszüge und machen es allen Ortsverbänden und Ortsvereinen zur Pflicht, die Beschwerden der Mitglieder an die Fabrikeninspektionen zu vermitteln, damit nur gewissenhaft geprüfte Angaben weiter gegeben werden.

Die folgenden Auszüge werden unsere Ausschüsse auch dahin belehren, daß andere Organisationen vielfach einen regeren Verkehr mit der Fabrikeninspektion unterhalten. Die Gewerksvereine dürfen hierbei nicht länger zurückstehen.

Regierungsbezirk Königsberg und Allenstein. Oberster Regierungs- und Gewerberat Sad in Königsberg. ... Mit Arbeiterorganisationen hat ein Verkehr im Aufsichtsbezirk Königsberg nur soweit stattgefunden, als der Verband der Gastwirtschaftlichen schriftlich und mündlich Mitteilung über unvollkommene polizeiliche Revisionen von Gastwirtschaften in der Stadt Königsberg machte.

Regierungsbezirk Gumbinnen. Gewerberat Besser in Gumbinnen. ... Namentlich die Arbeiter entschließen sich nur selten zu Reisen, um den Gewerbeinspektor aufzusuchen; die Zahl der in Gumbinnen ansässigen gewerblichen Arbeiter ist aber zu gering, als daß sich ein regelmäßiger Verkehr entwickeln könnte. Wie sich die Verhältnisse bei der Gewerbeinspektion Eist gestalten werden, läßt sich noch nicht übersehen. Bisher ist dort nur eine schriftliche Beschwerde von Arbeitern einer Schneidemühle über übermäßig lange Arbeitszeit eingegangen. Sie erwies sich als begründet, der Uebelstand konnte aber mangels einer gesetzlichen Handhabe, und da gültige Vorschriften bei dem Arbeitgeber erfolglos blieben, nicht abgestellt werden.

Regierungsbezirk Danzig. Oberster Regierungs- und Gewerberat Sobel in Danzig. Auch in diesem Jahre hat zwischen den Beamten und den Gewerbebetätigten ein gutes Verhältnis bestanden. Die Diensträume wurden von 207 Arbeitgebern (im Vorjahre 216) und 132 Arbeitern (145) besucht. Die Beschwerden der Arbeiter hatten meist die Auflösung des

Arbeitsverhältnisses und deren Folgen zur Ursache; doch wurden auch einige sachliche Beschwerden vorgebracht, die sich als begründet erwiesen und zum Einleitenden Anlaß gaben.

Regierungsbezirk Marienwerder. Regierungs- und Gewerberat Tschorn in Marienwerder. Die Amtszimmer der Inspektionen wurden von 204 Arbeitgebern, 87 Arbeitern und 4 sonstigen Personen besucht, die Auskunft, Rat oder Hilfe begehrten. Auch von freitenden Parteien wurden zuweilen das Ersuchen um sachverständige Entscheidung gestellt. Außerdem ging eine Anzahl schriftlicher Beschwerden ein.

Die Arbeiter bezeigen den Beamten bei den Revisionen ebenfalls ihr Vertrauen; im übrigen ist aber der Verkehr mit ihnen, wie obige Zahlen erweisen, noch kein reger. Der Verkehr mit den Arbeiterorganisationen war wenig organisiert, weil die Fabrikarbeiter im Bezirk noch wenig organisiert sind. Nur zwei Vorkommnisse sind in dieser Hinsicht erwähnenswert. Bei einem Auslande der Arbeiter in der Holzindustrie in Czest fand unter Vermittlung und in Gegenwart des Gewerbeinspektors eine Verhandlung zwischen der Fabrikleitung und dem Vertreter eines christlichen Arbeitervereins statt. Im Verbands der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften in Graudenz, deren verdienten Vorstehen fürsich das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen wurde, hat der Gewerbeinspektor einen erfolgreichen Vortrag über Arbeiterschutz gehalten. Dieser Ortsverband ist wohl der an Fabrikarbeitern härteste Verein; er zählt 388 Mitglieder, meist Maschinenbauer und Handwerker. An anderen Orten des Bezirks bestehen Vereine derselben Richtung mit zusammen etwa 400 Personen. Die größte Mitgliederzahl besitzen die Gewerkschaften (etwa 1900), denen jedoch vor allem Bauhandwerker und Erdarbeiter angehören; nur in Jastrow findet sich eine starke Gruppe von 124 Fabrikarbeitern. Der polnische Arbeiterverband zählt etwa 500 Mitglieder, ein christlicher nur noch 30, einige andere Vereine 94.

Regierungsbezirk Potsdam. Regierungs- und Gewerberat Raugelsdorf in Potsdam. Die Zahl der Arbeitgeber, welche im Berichtsjahre die Gewerbeinspektoren in ihren Diensträumen aufgesucht haben, ist auf 869 (im Vorjahre 809) gestiegen, die der Arbeiter auf 78 (im Vorjahre 67).

Bei 2 Fabrikrevisionen benutzten die Arbeiter die Gelegenheit, dem residierenden Beamten Beschwerden über mangelhafte Fabrikeinrichtungen vorzutragen, deren Verbesserung mit den Arbeitgebern sofort besprochen wurde. Schriftliche Beschwerden von Arbeitern sind im Berichtsjahre wieder in größerer Zahl bei den Gewerbeinspektionen eingegangen, und zwar 18 von einzelnen Arbeitern und 32 von Sachorganisationen, Gewerkschaftskommissionen und Arbeiterssekretariaten. Wenn auch einzelne Beschwerden unbegründet waren und als Raueaste entlassener Arbeiter angesehen werden mußten, andere auf Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen beruhten, so war doch die Mehrzahl durchaus begründet und betraf meist solche Mängel oder Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen, die sich bei der Revision der Anlagen leicht den Augen des residierenden Beamten entziehen. Jede Beschwerde wurde eingehend untersucht, gefundene Mängel wurden, soweit tunlich, sofort abgestellt, andernfalls aber wurde auf ihre allmähliche Beseitigung hingearbeitet. Der Verkehr der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den Arbeiterorganisationen hat sich im Berichtsjahre im wesentlichen auf die Entgegennahme dieser Beschwerden beschränkt. Eine vom Verbands der Maschinisten und Heizer, Zahlstelle Bittenberge, bei dem für diesen Ort zuständigen Gewerbeinspektor vorgebrachte Beschwerde über mangelhafte Ausbildung der Heizer gab dem Gewerbeinspektor Gelegenheit, den Verband auf die Veranstaltung staatlicher Heizerkurse aufmerksam zu machen und mit ihm darüber zu verhandeln, wieviel der Zahlstelle angehörnde Heizer etwa auf eigene Kosten an einem solchen Kurse teilnehmen würden. Mit 5 weiteren Verbänden traten die Gewerbeinspektoren in Verbindung,

und die historischen Rechte voll zu wahren sind, und endlich die Erklärung, daß der Zukunft ein Wahlrecht gehört, das nicht, wie das Reichstagswahlrecht abgeliehener nach unten wirkt, sondern nach oben führt, und zwar, wie ich annehme, zugleich für Preußen und im Reich. Meine Herren, da der Zeitpunkt zur Zeit noch nicht gekommen ist, daß wir dieses Wahlrecht der Zukunft, das Wahlrecht, das uns nach oben führt, im Reich wie in Preußen gleichmäßig einführen können, so bleibt uns naturgemäß nichts anderes übrig, als zunächst das Wahlrecht, das wir haben und zunächst behalten wollen, so auszuhalten, daß es wirklich marktsfähig bleibt. Das ist ja auch der einzige Zweck, das einzige Ziel, das die Staatsregierung sich bei dieser Vorlage gesetzt hat, und dieses Ziel ist demnach vollberechtigt, der Zweck, den sie erreichen will, kann unsere Zustimmung nur finden.

Ich will das jetzige Reichstagswahlrecht nicht charakterisieren; aber wenn der Herr Abgeordnete Dr. Krause das preussische Wahlrecht unvernünftig genannt hat, so steht es doch turm hoch über dem Reichstagswahlrecht, und zwar deshalb, weil es grundsätzlich von dem Standpunkt ausgeht, daß die Stimmen nicht bloß gezählt, sondern auch gewogen werden müssen, weil es nicht, wie das Reichstagswahlrecht, von der äußersten Ungerechtigkeit ist und auch nicht so kulturwidrig wie das Reichstagswahlrecht. Wir müssen also unser preussisches Wahlrecht aufrecht erhalten, damit wir es dereinst in die Waagschale werfen können, um dem Reich ein vernünftiges Wahlrecht zu geben, das nach oben führt, und das das Reich zu voller Blüte und Kraft bringt. Das ist die Pflicht und Aufgabe Preußens, und deshalb wollen wir unser preussisches Wahlrecht aufrecht erhalten. (Sebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Die Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands ersucht uns um Abdruck des folgenden Aufrufs.

Au die Tabakarbeiter Deutschlands!

Das Drama, betitelt „Die Vernichtung der Tabakindustrie“, nähert sich seinem Ende. Der letzte Akt „Banderolensteuer“ wird in den nächsten Tagen beginnen und dann bald zum Schluß gelangen. Dieser Akt dürfte allerdings ein trauriger sein; jedenfalls können wir uns auch auf Ueberrassungen gefaßt machen, die der Ober-Regisseur der Reichsfinanzen Freiherr von Stengel, für die Tabakinteressenten in Bereitschaft hält. Weiteres dürfte aus den Aeußerungen zu schließen sein, die derselbe Feinschmecker in der Steuerkommission getan, daß er in der zweiten Lesung im Plenum, die in der Steuerkommission abgelehnten Entwürfe auf Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer, wieder einbringen müsse, wenn die Kommission ihm nicht durch Erschließung anderer Steuerquellen Ersatz schaffe.

Kollegen Deutschlands! Die Gefahr, die uns von Anfang an bedroht hat, besteht nicht nur heute noch weiter, sondern sie ist noch bedeutend verschärft und vergrößert worden durch die von der Steuerkommission des Reichstages beschlossene Einführung der Banderolensteuer für Zigaretten, welche, einmal zum Gesetz erhoben, eine ständige Gefahr auch für die gesamte Zigaretten- und Tabak-Industrie in sich bergen muß. Die Grenze zwischen Zigaretten, Zigarillos usw. ist bald verschoben und dann sehr leicht auf Zigaretten auszuweichen; einmal auf dieser schiefen Ebene angelangt, gibt es kein Halten mehr bis zur Endstation. Diese heißt „Monopol“.

Was die Einführung desselben, besonders für die männlichen Berufsgenossen, im Gefolge haben wird, ist wohl Allen zur Genüge bekannt. Es hat zur Voraussetzung, daß eine völlige Vernichtung der Kleinindustrie vorausgegangen und die wenigen Vertreter der Großfabrikation dem Reiche dann selbst ihre Betriebe zum Kaufe anbieten, um den Plandereien und Scherezeien des Banderolensteuergesetzes aus dem Wege zu gehen.

Zunächst hat die Einführung der Banderolensteuer zur Folge, daß eine gewaltige, kolossale Lohndrückerei Platz greifen wird, daß selbst von Reichswegen Prämien für Lohnrückgang an den lohdrückenden Fabrikanten, in Form einer Steuermäßigung gezahlt wird. Dieser letztere Punkt ist der Reichsregierung und den Mitgliedern der Steuerkommission von sachverständigen Mitgliedern der Kommission auf das Eingehendste flaggelegt und diese Prämierung für Lohndruck aufs heftigste bekämpft worden.

Für uns Tabakarbeiter drängt sich zunächst die Frage auf: Wer sind die Urheber, Bäter und Befürworter dieser Kommissionsbeschlüsse? Es sind die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages: Konservative, Nationalliberale, Vertreter des Zentrums und der Antisemiten, deren Vorkämpfer, die Abg. Dietrich und von Dergen von den Konservativen, die Abg. Müller-Fulda und Dr. Jäger vom Zentrum, der nationalliberale Abg. Held, sowie der antisemitische Abg. Raab sich sehr warm für die Banderolensteuer ins Zeug legen.

Kollegen! Wir haben alle Ursache, uns diese Parteien und ihre Vertreter genau zu merken. Gegen diese Besteuerungsform haben nur die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und der polnische Abg. Graf Mielzynski gestimmt. Hätten in der Kommission sich die angeblich arbeiterfreundlichen Vertreter des Zentrums den Dagegenstimmenden angeschlossen, so wäre die Banderolensteuer zu Falle gekommen und den Tabakarbeitern wäre ein aermaliger Kampf und damit die übergroße Sorge um ihre Existenz erspart geblieben.

Kollegen Deutschlands! Es ergibt sich für uns hieraus die Notwendigkeit, in allen den Wahlkreisen, wo Vertreter der Konservativen, Nationalliberalen, des Zentrums und der Antisemiten gewählt sind, an dieselben heranzutreten, denselben die Gefahren zu schildern, welche die Einführung des Banderolen-SteuerSystems für die gesamte Tabakindustrie und deren Nebenberufen im Gefolge haben muß: Brodlosmachung von Zehntausenden, Vernichtung der gesamten Kleinindustrie, zu welcher auch noch Tausende von Händlern hinzugerechnet werden müssen.

Für die Kollegen in allen den Orten, wo Konservative, Nationalliberale, Vertreter des Zentrums und der Antisemiten gewählt sind, ergibt sich ferner die Notwendigkeit, die gesamten Interessenten der Tabakbranche, sowie auch die gesamte Arbeiterschaft der betreffenden Wahlkreise auf die ihnen allen drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, dieselben zu veranlassen, sich Eurem Protest voll und ganz anzuschließen, da bei dem steigenden Geldbedürfnis der Reichsregierung dieselbe nicht auf die Dauer sich mit der Tabakindustrie begnügen, sondern auch noch weitere Industriezweige dem Ruin entgegenführen wird.

Kollegen! An die Gewehre! Es gilt sofortiges Handeln! Jede Verzögerung hat Gefahr im Verzuge! An die Leiter der Kommissionen, der Bezirke und Orte richten wir daher die dringende Aufforderung, die Agitationsarbeit durch Einberufung von Versammlungen, durch Rücksprachen mit den in Frage kommenden Reichstagsabgeordneten, Beratungen mit den verschiedenen Arbeiterberufsvereinen und Verbänden der betr. Orte usw. sofort in Angriff zu nehmen.

Die Zentral-Kommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um gel. Abdruck gebeten.

Zur Denkmalsfrage für Dr. Max Stirch.

Schon lange sind unsere Kollegen im Lande am Sammeln von Geldmitteln für die Errichtung eines Denkmals zu Ehren des Begründers der Deutschen Gewerkevereine. Wenn dieses äußere Wahrzeichen aufgestellt ist, werden alle Gewerkevereiner und Arbeiterfreunde die es sehen, von neuem angepornt ihre Kräfte in den Dienst der Gewerkevereine zu stellen, wie jener es getan, dem zu Ehren das Denkmal errichtet wurde. Der Ortsverein der Bildhauer in Berlin hat vor kurzem den Beschluß gefaßt, daß die Errichtung eines Denkmals auf dem Hofe des Verbandshauses zweckmäßiger sei als am Grabe. Dieser Vorschlag gefällt mir sehr gut und dürfte wohl der Erwägung wert sein. Ich möchte aber noch einen andern Vorschlag machen, ich möchte anregen, im Andenken an den Verbandsanwalt in Berlin eine Schule für die Ausbildung von Rednern zu errichten, in welcher in jedem Jahre ein Kursus zur Heranbildung von Führern, Leitern und Rednern abgehalten sein würde. Die Deutschen Gewerkevereine sind die einzige, wirklich neutrale Arbeiterorganisation und so richtig diese Art der Organisation ist, hat sie doch bei der Mehrheit der Arbeiter leider noch nicht das wünschenswerte Verständnis gefunden. Das darf uns nicht abhalten, an der für richtig erkannten grundsätzlichen Art unserer Organisation festzuhalten, es ist andererseits aber unsere Pflicht, neue Kräfte zu sammeln und auszubilden für eine energische und erfolgreiche Propaganda.

Der schlichte Stein, den wir unserm Anwalt setzen, wird bei weitem nicht soviel kosten, als an Geld für den Denkmalsfond eingeht. Der Ueberschuß könnte dann verwendet werden zur Errichtung eines Studienfonds und wenn dann die finanzielle Unterstützung der Generalräte hinzukäme, so würden gewiß die Mittel ausreichen, um eine solche Arbeiterbildungshütte zu errichten. Dies wäre gewiß das wirkungsvollste Denkmal für unsern Anwalt, denn es würde immer neue Kräfte hervorbringen, die das lebendige Denkmal unseres Führers, nämlich die Gewerkevereine, zu immer größer Entfaltung und Bedeutung hinaufbringen könnten.

G. Fleischer, Köln.

Numer. 6. Red. Was zunächst den Vorschlag der Bildhauer andrerseits, der auch von anderer Seite schon gemacht worden ist, so kann sehr wohl erwoogen werden, ob neben dem Grabdenkmal auf dem Hofe des Verbandshauses noch ein besonderes Denkmal für den Anwalt errichtet werden könnte. Das Grabdenkmal kann nicht errichtet werden, weil hierfür von vornherein eine ehrenvolle Verpflichtung übernommen wurde. Der Anwalt ist vom Verbandshause auf Kosten des Verbandes in besonders feierlicher und würdiger Weise zur letzten Ruhe gebracht worden. Auf unsern Antrag ist er auf dem Friedhof in Reichenstein in der Ehrenreihe beigesetzt worden. Da ist es auch unsere Sache, das Grab mit einem Denkstein zu schmücken. So beschloß es auch der Zentralrat.

Aus den bisher hier eingegangenen Sammlungsergebnissen sind die Kosten für das Grabmal auf dem Friedhof zu bedcken.

Wir bitten daher alle Ortsvereine, welche bisher das Denkmalsgeld noch nicht an unsern Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22, abgeliefert haben, dies sofort zu tun. Wenn kein Ortsverein bei dieser Ehrenpflicht zurückbleibt, dann dürfte noch eine hübsche Summe zusammen kommen, aus der man sehr wohl auch ein Denkmal auf dem Hofe des Verbandshauses errichten könnte, oder auch einen Fonds zu bilden in der Lage wäre, wie ihn Verbandsgenosse Kleischer sich denkt. Die Hauptsache ist also, daß nunmehr rasch das Geld hier eingeliefert wird, damit das Denkmalskomitee unter Berücksichtigung der Höhe der eingegangenen Summe sich über die weiteren Fragen schlüssig werden kann.

um die Gründe für Ausstände unparteiisch festzustellen und sich über Tarifverträge zu unterrichten. Von einer Maurergewerkschaft wurde ein Gewerbeinspektor ersucht, über einen strittigen Punkt des im Vorjahre unter seiner Leitung mit den Arbeitgebern vereinbarten Arbeitsvertrages zu entscheiden. Obwohl diese Entscheidung zu Ungunsten der Gewerkschaft ausfiel, wurde sie doch von deren Mitgliedern anstandslos anerkannt. Von einem Hirsch-Dundersche Gewerksverein und zwei evangelischen Arbeitervereinen wurden von den Gewerbeinspektoren Vorträge erbeten. Diese wurden zugesagt, und einer ist bereits gehalten worden.

Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Regierungs- und Gewerberat Hartels in Frankfurt a. O. Der Verkehr mit den Arbeiterorganisationen beschränkte sich in der Hauptsache darauf, daß von diesen den Gewerbeinspektoren Beschwerden über einzelne Fabriken vorgetragen wurden. Soweit sich diese Klagen bei näherer Untersuchung als begründet herausstellten, wurde für Abstellung Sorge getragen. In Kottbus und Jork wurden mit Beginn des Jahres von dem Gewerkschaftskartell Arbeitersekretariate eingerichtet; letzteres hält alle 14 Tage in Sorau und Cassen Sprechstunden ab. Auch von den Gewerkschaftskartellen wurden den Gewerbeinspektoren Beschwerden eingekandt, die anscheinend vorher sorgfältig auf ihre Berechtigung geprüft worden waren. Besonders gilt das auch für die Klagen, die in die Presse gelangten und von dieser früher vielfach kritisch aufgenommen wurden. Die Schreiben der Organisationen und der Sekretariate waren durchweg in angemessener Form gehalten, nur in einem Falle, in welchem es sich um eine Beschwerde über angebliche Gesetzesübertretungen in einer Anlage handelte, die nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Gewerbeaufsicht untersteht, und der Gewerbeinspektor nach Belehrung über die Rechtslage seine Vermittlung bei Beseitigung der zweifellos bestehenden Mißstände zugesagt hatte, wurde der Ton der weiter folgenden Schreiben sehr gereizt, als der Erfolg der Vermittlung etwas auf sich warten ließ. — Mehr als 1/3 sämtlicher Arbeiter des Bezirks werden von der Textilindustrie beschäftigt. Vertreten sind unter diesen Arbeitern die christlich-sozialen Arbeitervereine, der Hirsch-Dundersche Gewerksverein und der Deutsche Textilarbeiterverband. Die Beteiligung an diesen Organisationen ist aber nicht sehr reger, nach oberflächlicher Schätzung werden ihnen höchstens 15 pCt. der Arbeiter dieser Industrie angehören.

Landespolizeibezirk Berlin. Regierungs- und Gewerberat Hartmann in Berlin. Von größerer Bedeutung für die Fühlung mit den Arbeiterkreisen ist der Verkehr mit den Organisationen. Bevorzugt wird auch hier bisher der schriftliche Verkehr. Es sind 154 Schreiben von Organisationen eingegangen, wovon allein 99 auf die Berliner Gewerkschaftskommission entfallen; der Rest verteilt sich auf Arbeiterverbände und Gewerksvereine verschiedenster Art und politischer Richtung und auf sogenannte Vertrauenspersonen. Die Mehrzahl der Beschwerden ist begründet; sie behandeln meist Mißstände in Fabriken und Werkstätten und berufstätigen erspärende alle Verhältnisse des Betriebes. Doch werden öfter auch unzutreffende Dinge vorgetragen, oder es wird stark übertrieben. — Der mündliche Verkehr steht hinter dem schriftlichen zurück. Immerhin ist bemerkenswert, daß allein bei einer Gewerbeinspektion 17 Vorstandsmitglieder von Organisationen erschienen waren, die verschiedene Angelegenheiten vorzutragen hatten. Unter anderem handelte es sich mehrfach um Vorführung von neuen, von Verbandsmitgliedern erdachten Schutzvorrichtungen.

Zum ungewöhnlichen Austausch von Erfahrungen und Meinungen bieten die beste Gelegenheit die Vorträge, von denen die Gewerbeaufsichtsbeamten auf Ersuchen der Organisationen in diesem Jahre allerdings nur 6 halten konnten; in 10 Fällen mußten dahingehende Anträge wegen dienstlicher Ueberlastung abgelehnt werden. Die Thematika sind meist: Die Aufgaben der Gewerbeaufsicht, Unfallschutz, Gewerbehygiene bestimmter Berufe, Arbeitsordnung, Lohnzahlung usw. An die Vorträge schließen sich meist lebhaft und sachlich gehaltene Diskussionen.

Der zunehmende Verkehr mit den Organisationen verschiedener Richtung ist ein Beweis dafür, daß in Arbeiterkreisen das Institut der Gewerbeinspektion immer mehr an Vertrauen gewinnt. Verschiedene Verbände lassen den Gewerbeinspektionen regelmäßig ihre Jahresberichte und sonstige Drucksachen zugehen und suchen auch hierdurch die Fühlung mit ihnen zu erhalten. Es muß anerkannt werden, daß dieser Verkehr mit zur Besserung der Arbeits- und Betriebsverhältnisse in gewerblichen Anlagen beiträgt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wahlrechtsverhandlungen in Preußen.

III.

Dr. Krause (Königsberg), Abgeordneter (nat. lib.): Das Eine erkläre ich mit derselben Entschiedenheit, die Herr Dr. Zimmer für seine politischen Freunde erklärt hat, für meine politischen Freunde: Einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen werden wir nicht zustimmen. (Bravo!) Das schließt keineswegs aus, daß wir das Wahlrecht, wie es im Reichstag ist, gelten lassen. Wir wollen es nicht antastan, und ich möchte mit Rücksicht auf die von dem Herrn Minister erwähnte Unlust, die vielfach zutage kommt, hier ein Wort für

meine Person für dieses Wahlrecht einlegen. Gewiß sind Erscheinungen im Laufe der letzten Jahre zu verzeichnen, die uns zweifeln lassen, ob das Wahlrecht das erfüllt hat, was man sich von ihm versprach. Andererseits vergessen sie nicht in der Unlust und Erregung des Augenblicks, was derselbe Reichstag, der auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählt ist, für unser Vaterland, für Heer und Marine alles geleistet hat. Ich weiß sehr wohl, gegen die Sozialdemokraten; aber der Reichstag hat es geleistet. Ich erinnere an die großen sozialpolitischen Gesetze, Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Das soll man nicht vergessen, wenn man gerecht sein will. (Sehr richtig! links!) Daß daneben auch manche Schäden zu verzeichnen sind, vergessen wir unsererseits auch nicht. Auch stimme ich darin dem Herrn Kollegen Dr. Zimmer bei: Jedes Wahlrecht ist nach den Umständen des betreffenden Staates zu beurteilen. Ich bin durchaus kein Anhänger dessen, daß man irgend etwas nachmachen soll, was ein anderer Bundesstaat oder gar auswärtige Staaten machen. Wir wollen uns in unserem eigenen Hause einrichten. Jedes Wahlrecht ist auch zu beurteilen nur im Gesamtzusammenhang der staatsrechtlichen Einrichtungen, und ich kann sehr wohl auch grundsätzlich die Anschauung für richtig halten, daß man in dem Gesamteiche, welches zu wesentlichen Grundpfeilern seines Bestehens in dem Gesamteiche verflochten ist, welches hinsichtlich der Einrichtung seiner Steuerverhältnisse wesentlich auf die indirekten Steuern angewiesen ist, welches die Wohlfahrt des kleinen Mannes in der sozialen Gesetzgebung, wenn ich so sagen darf, auf seine Fahne geschrieben hat — ich sage, ich kann es wohl verstehen, daß im Zusammenhang dieser Einrichtungen, selbst wenn heute ein Gesetzgeber zu entscheiden hätte, er wiederum für das Reich das allgemeine und gleiche Wahlrecht einführen würde. Auf der anderen Seite aber, meine Herren, sind diese Gesichtspunkte, die für das Reich maßgebend sind, nicht für den preussischen Staat maßgebend. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Unsere Einrichtungen sind bezüglich der Steuererhebung aufgebaut auf dem Prinzip der direkten Steuern, wo die begüterten Klassen weitaus und erheblich mehr leisten wie die weniger bemittelten. Wir haben unsere Aufgaben in großen Kulturfragen, zu denen auch gerade das gebildete und leistungsfähigere Bürgertum ganz besonders herangezogen wird und beitragen muß. Da ist es wiederum richtig — und damit wird unsere Stellung motiviert, daß wir das Reichstagswahlrecht hier nicht haben wollen, — daß hier ein Wahlrecht kritisiert, in dem die größte Leistung für den Staat — ich darf auch vielleicht sagen, das größte Interesse für den Staat — ausschlaggebend ist. Ich würde es — und meine politischen Freunde stehen auf demselben Standpunkt — für sehr wünschenswert und für sehr weise vom Gesetzgeber halten, wenn er noch ein weiteres Prinzip einführen würde: Nicht bloß die Steuerleistung, sondern wenn er auch die größere Erfahrung bei höherem Alter und die größere Bildung mit heranziehen würde, um auf diesem Moment mit das Wahlrecht aufzubauen. Unter Beibehaltung dieser Grundzüge könnten wir uns sehr wohl zu einer Reform vereinigen. Wenn nur auf seiten der Regierung ein fester Entschluß und eine festere Hand da wäre, diese Dinge in die Hand zu nehmen!

Ich gehe auf Einzelheiten nicht weiter ein. Die Frage des indirekten Wahlrechts, hinsichtlich dessen ich auf den Standpunkt stehe, daß die indirekte Wahl nicht zu empfehlen ist — und kein geringerer Bundesgenosse steht mir hier zur Seite als unser Geseßsheros Herr Bismarck, der in der hier zitierten Rede vom 28. März 1867 auch gerade dieses indirekte Wahlrecht in sehr eingehender Darlegung gekennzeichnet hat, — die Frage der öffentlichen oder geheimen Stimmabgabe will ich offen lassen; denn in diesen Fragen sind — das ist bekannt — auch meine politischen Freunde nicht einig. Wir sollten aber und könnten alle die Dinge, die uns trennen, beiseite lassen und doch einen breiten Boden finden, auf dem wir uns vereinigen. Meine Herren, wir werden ja auch — wenn ich diese Frage in einem Punkte hier noch streifen kann, wir können ein Wahlgesetz machen, welches wir wollen — damit der Sozialdemokratie gegenüber nichts erreichen. Das gebe ich Ihnen vollkommen zu. Wenn man aber auf dem optimistischsten Standpunkt steht, den zu meiner großen Freude bezüglich unseres Volkstums der Herr Minister einnimmt, daß wir über Krankheiten im Volkstörper — und ich halte die Sozialdemokratie für eine Krankheit im Volkstörper — hinwegkommen werden, daß wir sie mit unserem gesunden deutschen Wesen überwinden werden, wenn man der Ueberzeugung ist, daß unsere Arbeiterkraft aufsteigt und ein berechtigtes und begeistertes Bestreben hat, zur Höhe zu kommen, — ja, meine Herren, dann sollen wir eben auch alles tun, um Zufriedenheit wenigstens in denjenigen Kreisen zu erzielen, welche vielleicht noch schwanken und zur Sozialdemokratie hineigen, die wir aber befähigen in der Zufriedenheit und in dem Festhalten an den Ordnungszuständen, wenn wir alles vermeiden, was eben zur Unzufriedenheit Veranlassung gibt und sie nähren kann. (Sehr richtig! links.) Und ein Zeichen der Unzufriedenheit ist das Bestehen des heutigen preussischen Wahlrechts. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.)

Vizepräsident Dr. Forst: Das Wort hat der Abgeordnete Bretter v. Jedlig.

Herr v. Jedlig und Herr Forst, Abgeordneter (freikons.): Meine Herren, ich habe aus der schönen Rede des Herrn Vordredners die erfreuliche Gewißheit gewonnen, daß seine Parteigenossen, wenn auch unter Verdrämmung mit einigen Reden, schließlich doch die Vorlage der Staatsregierung annehmen und auf diesem Gebiete mit uns zusammenarbeiten werden. Diese Ueberzeugung, in Verbindung mit der ausdrücklichen Erklärung, wie ich hiermit konstatiere, daß seine Freunde der Einführung des Reichswahlrechts in Preußen absolut entgegen sind, entbindet mich der Notwendigkeit, mich mit ihm über einige andere Fragen auseinanderzusetzen, und zwar umso mehr, als die Zukunftsausführungen, die er gemacht hat, ja zur Zeit ohne aktuellen praktischen Wert und ohne aktuelle praktische Bedeutung sind.

Im übrigen kann auch ich mich, was die allgemeinen Fragen anlangt, nach den Ausführungen des Herrn Ministers des Innern, denen meine Freunde von Anfang bis zu Ende und in jedem Satze zustimmen, aufs äußerste kurz fassen. Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Ministers nur drei Punkte hervor: einmal, daß die preussische Staatsregierung mit aller Entschiedenheit die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen ablehnt, daß sie weiter auf dem Standpunkte steht, daß eine Neueinteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerung oder unter Berücksichtigung der Bevölkerung abzulehnen ist

Wochenchau.

Berlin, 1. Mai 1906.

Gegen die Märfeler. Im großen Saale des Verbandshauses in Berlin fand am Sonntag eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der Maschinenbauer statt, in welcher Kollege Trabert gegen die nur der Sozialdemokratie zu Parteizwecken dienende Märfeler sprach. Nach fast 4 stündiger Dauer der Versammlung, in welcher diese Frage sehr lebhaft besprochen wurde, fand mit großer Mehrheit folgende Resolution Annahme:

Resolution.

In Erwägung, daß die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai in erster Linie und auch hauptsächlich nur im Interesse einer politischen Partei begangen wird, erklären die heute versammelten Mitglieder der Ortsvereine von Berlin und Umgebung vom Gewerkeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, als einer vollständig, politisch wie religiös, neutralen Arbeiterorganisation, sich nach wie vor strikt gegen die Märfeler.

Wir erblicken in dieser Feler eine Provokation, welche nur dazu angetan ist, die Interessen der Arbeiter auf das Größtmögliche zu schädigen und die Organisationen der Arbeiter auf Jahre hinaus wieder zurückzuwerfen.

In der ferneren Erwägung aber, daß dem jetzt bestehenden Stärkeverhältnis der Organisation und der maßlosen, verheerenden Agitation von anderer Seite entsprechend, es jetzt nicht möglich ist, unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen, empfiehlt die heutige Versammlung den Kollegen, überall dort, wo diesbezüglich an der Abstimmung teilgenommen haben, den Beschlüssen der Majorität zu fügen.

Die Anwesenden versprechen ferner, nach wie vor mit allen Kräften, aber ruhig und besonnen, für eine planvolle, den heutigen Verhältnissen entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu wollen.

Vor allem verlangt die heutige Versammlung von der Regierung die Vorlegung des schon lange versprochenen Gesetzentwurfes zur Anerkennung der Berufsorganisation. Nur durch die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter kann der soziale Frieden gefördert werden. Gerechtigkeit, nicht Wohlthaten erheischt die soziale Entwicklung der heutigen Zeit.

Die Versammelten erklären weiter, daß ihnen bewußt ist, daß für die vom Industriellen-Verbande angeordnete Aussperrung die statutenmäßige Arbeitslosenunterstützung in Kraft tritt.

In Nürnberg fand eine gemeinsam von den Christlichen und unsern Gewerkevereinen einberufene Versammlung zwecks Stellungnahme zur Arbeitsruhe am 1. Mai statt. Der christliche Referent wies auf die Tatsache hin, daß der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes sich ebenfalls als Gegner der Märfeler bekannt und festgesetzt habe, daß nur etwa 7 1/2 % der Mitglieder seines Verbandes sich für die Märfeler erklärt hätten. Von den Siemens-Schneiderwerken hätte allerdings der Arbeiterausschuß erklärt, daß denjenigen, welche am 1. Mai arbeiten, am Fabrikator ein Morgenständchen gebracht würde. Sie würden Spießruten laufen müssen. Der Redner mahnte den von Seiten der modernen Gewerkschaften vorkommenden Belästigungen, die Ruhe der Berachtung entgegenzusetzen.

Von unserer Seite sprach Kollege Ketter aus Ulm. Derselbe verurteilte scharf das Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschafter und derjenigen, welche sich eine Führerschaft anmaßen und zu Arbeitsniederlegungen raten, unbefürmert darum, ob ein Erfolg möglich und und ob Familienbater auf das Mißfatergejeht werden, sodas die Familien darben müssen. Soviei auch an der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung noch zu verbessern möglich und dringend wünschenswert sei, einem Staatswejen unter sozialdemokratischer Herrschaft sei der gegenwärtige Zustand jedenfalls vorzuziehen. Mit allen gegen 4 Stimmen sprach sich die zahlreich besuchte Versammlung gegen die Märfeler aus.

Die Unternehmerverbände haben beschlossen, die Märfeler mit einer Aussperrung auf 2 bis 5 Tage zu beantworten. Die diesmalige Märfeler gibt als Hauptparale aus die Forderung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle 20jährigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts. In der Hauptsache gilt die Demonstration dem preußischen Landtag. In diesem Parlament aber bleiben Demonstrationen ganz gewiß unwirksam. Den um die Verbesserung des Wahlrechts kämpfenden Volksfreunden wird die Arbeit durch diese Demonstrationen nur erschwert und erfolglos gemacht, zumal die Gewährung des politischen Wahlrechts an 20jährige junge Mädchen nicht einmal in der Arbeitererschaft selbst Billigung findet. Es unterliegt sogar keinem Zweifel, daß bei einer in der Arbeitererschaft vorgenommenen allgemeinen, geheimen Abstimmung darüber, ob überhaupt so jungen Leuten das politische Wahlrecht gewährt werden solle, eine ganz erhebliche Mehrheit sich entschieden dagegen erklären würde.

Arbeitslosigkeit in Deutschen Inskerverbänden. Die übliche Zusammenstellung über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Berufsvereinen finden wir im letzten Heft des „Reichsarbeitsblatt“. Die Nachweise für das erste Quartal dieses Jahres zeigen wiederum eine bedeutende Zunahme der beteiligten Verbände sowohl als auch der Zahl der Mitglieder. Es liegen Berichte vor von 64 Vereinigungen mit 1 226 857 Mitgliedern. Das Resultat der Erhebung ist folgendes: In den Monaten Januar bis März waren im ganzen 72 183 Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, die sich auf 69 051 männliche und 3192 weibliche Personen verteilen. Am 31. März wurden als

arbeitslos gezählt 11 233 Personen am Orte und 1420 auf der Reise. An Arbeitslosenunterstützung wurde von den berichtenden Organisationen an 28 756 männliche Mitglieder für 472 474 Tage 600 734 Mk. gezahlt; 808 weibliche Mitglieder erhielten 13 380 arbeitslose Tage mit 10 296 Mk. entschädigt. Neben der wöchentlichen Unterstützung gewähren eine große Zahl von Verbänden noch Vergünstigungen für Reisetage und Reisegehd. Für diese wurden 96 460 Mk. aufgewendet, die sich auf 10 881 Mitglieder für 85 988 Tage verteilen.

Ueber die Beteiligung der Gewerkevereine an der Zahlung ist zu bemerken, daß der Gewerkeverein der Schiffszimmerer keine Arbeitslosen aufzuweisen hatte, derjenige der Bauhandwerker zwar 58 Fälle von Arbeitslosigkeit meldete, aber keine Unterstützung in der toten Saison zahlte. Der Gewerkeverein der Frauen stellt gänzlich. Welches Ergebnis die Zahlung für die Gewerkevereine ergab, möge folgende Tabelle veranschaulichen:

Gewerkeverein	Unterstützte		Erhaltenen Markt
	Fälle	Tage	
der Maschinenbau- und Metallarbeiter	859	11 574	19 582
- Fabrik- und Handarbeiter	469	4 842	4 244
- Kaulleute (Handlungsgehilfen)	297	5 148	8 388
- Tischler	205	1 807	2 556
- Schuhmacher u. Lederarbeiter	96	1 724	2 558
- Stuhl- (Textil-)Arbeiter	35	655	648
- Schneider	41	324	513
- graphische Berufe	104	1 064	1 124
- Haarren- und Tabakarbeiter	7	131	126
- Tischler	34	282	342
- Bauhandwerker	58	-	-
- Bergarbeiter	3	107	134
- Bildhauer	29	354	354
- Konditoren	12	92	74
Summe:	2 249	1 322	28 104

Gegenüber den Ergebnissen des ersten Quartals des Vorjahres ist dieses Resultat äußerst günstig. Damals wurden 3682 Fälle von Arbeitslosigkeit gezählt und 2704 Mitglieder, die für 49 702 Tage 65 003 Mk. Unterstützung bezogen. An Reiseunterstützung zahlten im ersten Quartal d. J. 8 Gewerkevereine 2578 Mk. Dem Ergebnis dieser Quartalsstatistik mißt das Kaiserliche Statistische Amt besondere Bedeutung bei, indem es ausführt, daß diese Erhebung die erste ist, die nach dem Inkrafttreten des neuen Statistisches Statistisches hat. Zu einem bestimmten Urteil darüber, ob die neuen Handelsverträge die Arbeitslosigkeit fördern oder nicht, kann man erst dann gelangen, wenn die Nachweise späterer Quartale vorliegen.

Eine Bemerkung des statistischen Amtes über einige Mängel bei der Erhebung möchten wir unseren Ortsvereinskassierern zur Beachtung empfehlen. Sie bezieht sich darauf, inwieweit die gegenwärtige Art der Erhebung die bei den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände vorhandene Arbeitslosigkeit voll zum Ausdruck bringt. Augenscheinlich kann das nur der Fall sein, soweit diese Arbeitslosigkeit den Verbänden selbst bekannt wird. Wenn man annehmen wollte, daß den Verbänden nur Arbeitslose bekannt werden, welche die Unterstützungsberechtigung besitzen, weil die übrigen Arbeitslosen kein Interesse haben, sich zu melden, so wäre die Frage, wie groß der Teil ist, der auf diese Weise der Aufnahme etwa entginge. Daß daraufhin ein gewisser Zuschlag zu machen ist, ist bei den einzelnen Aufnahmen leghin beständig betont worden. Vielleicht gelingt es dem Kaiserlichen Statistischen Amt in Zukunft im Verein mit den beteiligten Verbänden auch diese mögliche Fehlerquelle in ihrer Bedeutung zu verringern.

Der Rheinisch-Westfälische Ausbreitungsverband hat von seinen in Osnern in Düsseldorf stattgefundenen Verhandlungen auffallender Weise nur eine einzige Mitteilung in den deutschen Zeitungen veröffentlicht und diese lautete so:

Auf dem während der Diertage hier abgehaltenen 7. Delegiertentage des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes der Deutschen Gewerkevereine wurde eine Resolution angenommen, der nächste Verbandstag soll an Stelle des verstorbenen Dr. Max Hirsch als Leiter des Verbandes ein neuer Vertreter des Mitgliederkreises wählen und diesem einen Rationalökonom als Hilfskraft zur Seite geben.

Dieser Beschluß wird in den „Deutsch-Soz. Blättern“ des antijemittischen Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg in folgender Weise freudig begrüßt:

Die Rheinisch-westfälische Richtung will also nicht dem präsumtiven Thronfolger Karl Goldschmidt (Kreisinn. Landtagsabg.) den Thron schwören. Diese Abicht spricht für den guten Geschmack der Leute; nach dem Tode Hirsch der Jude Goldschmidt wäre vielleicht des Guten auch zuviel gewesen.

Es hat niemand die Möglichkeit, vor seiner Geburt zu bestimmen, ob er als Jude oder als Christ zur Welt kommen will. Anständige Menschen werden daher auch niemandem einen Vorwurf aus dem Zufall der Geburt machen, sondern ihn beurteilen nach seinem Wert und seinen Fähigkeiten, nicht aber danach, ob er von christlichen oder jüdischen Eltern zur Welt gebracht ist. Gute und schlechte Menschen

gibt es unter den Juden wie unter den Christen. Abg. Liebermann v. Sonnenberg hätte sich im übrigen aus dem Parlamentsalmanach darüber informieren können, daß unser Verbandsredakteur Karl Goldschmidt nicht Jude, sondern Christ ist. Der Antisemitismus hat in Gewerkschaften keinen Boden und alle Gewerkschafter sind vollkommen einig in der Verehrung für unsern verstorbenen Verbandsanwalt Dr. Max Girsch.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nummern 6 und 7) fordert eine stärkere Anteilnahme der christlich organisierten Arbeiter an der Politik. Diese Beteiligung solle nicht von Organisationswegen zu gunsten einer politischen Partei geschehen, sondern jedes Mitglied solle sich außerhalb seiner Berufsorganisation in derjenigen Partei betätigen, zu der es sich aus eigener Entschliebung befinde. Die christliche Arbeiterschaft dürfe sich auf politischem Gebiete keine dauernde Bevormundung gefallen lassen. Eine eigene christliche Arbeiterpartei zu begründen, habe aber keinen Zweck, weil diese zu klein und einflußlos bleiben werde. Der einzig gangbare Weg der politischen Betätigung sei gegeben innerhalb der bürgerlichen Parteien.

Das ist auch unsere Meinung. In allen, nicht den geistigen oder wirtschaftlichen Volksinteressen entgegenwirkenden Parteien müssen Arbeitervertreter erstehen und in das Parlament kommen. Wenn jede dieser bürgerlichen Fraktionen einige Arbeitervertreter in ihren Reihen hat, dann wird in ihnen die Auffassung schon eine andere werden. Alle diese bürgerlichen Parteien werden sich bequemen müssen, die in ihren Reihen politisch wirkende Arbeiterschaft auch durch Mitarbeit in den Parlamenten zur Geltung kommen zu lassen.

Eisenbahnminister von Buddé ist am Sonnabend früh in Berlin nach einem überaus schmerzhaften Krantenlager gestorben. v. Buddé war einer der besten Eisenbahnminister, der je der preussischen Eisenbahnverwaltung vorgestanden hat. Viele, der insbesondere von unserm Verbandsredakteur Abg. Goldschmidt seit vielen Jahren vertretenen Wünsche sind von dem Verstorbenen erfüllt worden. Namentlich in der letzten Zeit kamen Verbesserungen der Arbeiterverhältnisse im Eisenbahnbetriebe zur Durchführung, worunter die Einführung der 9stündigen Arbeitszeit hervorgehoben zu werden verdient. Die freien Organisationen aber waren dem Minister nicht sympathisch und so hat er es leider auch fertig gebracht, durch die Begründung der Dreimilionsklasse, den Arbeiterorganisationen unter den Eisenbahnern starken Abbruch zu tun. Gerade wegen dieses Vorganges hatte Kollege Goldschmidt im vorigen Jahre einen heftigen Zusammenstoß mit dem Minister. Hiervon abgesehen, muß anerkannt werden, daß Herr von Buddé unter den Ministern als der sozialpolitisch fortgeschrittenste angesehen werden durfte. Auch auf allen anderen Gebieten der Eisenbahnverwaltung war der Verstorbene bemüht, modernen Anforderungen Rechnung zu tragen. Das übermächtige Junkertum im preussischen Abgeordnetenhaus ist aber so verkehrsfreudlich, daß viele der schönen Pläne über den guten Willen des Ministers nicht hinaus kommen konnten.

Arbeiterbewegung. In Kiel haben die Steinmetzgehilfen zur Durchführung eines höheren Lohnes zu dem Mittel des Streiks greifen müssen, weil die Arbeitgeber der Forderung auf 65 Pfg. Stundenlohn nicht nachkommen wollten. Bisher erhielten die Gehilfen 58 Pfg. Stundenlohn. — Gegen 200 Maler und Anstreicher in Pagen sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Mindeststundenlohn von 42 Pfg. für die ersten zwei Jahre, in denen sie als Gehilfen arbeiten, und von 45 Pfg. für die älteren Gehilfen. Bis jetzt wird ein Durchschnittslohn von 40 Pfg. gezahlt. — In Lübeck beschloß der Arbeitgeberverband im Baugewerbe, wegen eines partiellen Streiks sämtliche Zimmerer und Bauarbeiter wegen Verweigerung der Lohn-erhöhung in den Ausstand zu treten. — Die Lohnbewegung im Posener Baugewerbe ist unverändert. Die ledigen Arbeiter verlassen den Streikort, wodurch der Verlauf des Kampfes für die Arbeiter aussichtsloser wird. Neben den Maurern ist noch eine größere Anzahl Zimmerer ausgepörrt, weil sie sich weigerten, dem als Streikbrecherort bekannten polnischen Gewerksverein beizutreten. — In Allenstein gelang es den im Baugewerbe tätigen Arbeitern einen Tarif mit erhöhten Löhnen zur Durchführung zu bringen. Der Stundenlohn wurde um 5 Pfg. erhöht und beträgt für Maurer 45 Pfg., für Zimmerer 42 Pfg. und für Bauhilfsarbeiter 28—30 Pfg. — Größere Kämpfe stehen auch im Breslauer Baugewerbe bevor. Die Arbeitgeber haben beschlossen, die Forderungen der Arbeiter unbedingt abzulehnen und nur eine kleine Lohn-erhöhung zu bewilligen. Die Arbeiter haben jedoch diese Zugeständnisse für unannehmbar erklärt. — Einheitslohn und sozialpolitisch vorgeschritten scheinen die Arbeitgeber der Textilindustrie von Kolmar, den Bogentälern und Kapfowitzweiler zu sein. Dieselben nahmen grundtätig bei Zehnstundentag an und bewilligten gleichzeitig eine 5 prozentige Lohn-erhöhung. — Die hanseatische Juteplankerei und Weberei in Delmenhorst herrte 900 Spinner und Weber aus wegen des Ausstandes der Fein- spinner. — In der Spindlersfelde bei Berlin verlangten die

Järber eine 15 prozentige Lohn-erhöhung. Da die Fabrik- leitung jede Lohn-erhöhung verweigert, kam es zur Arbeitsnieder- legung. — Im Leipziger Buchbinder- und Buchdruckergewerbe stehen neue Lohnkämpfe bevor. Die Gehilfen verlangen eine Erhöhung des jetzigen Mindeststundenlohnes von 46 Pfg. — Die Fischer in Harburg haben mit der Innung einen bis zum 31. März 1908 gültigen Lohn-erhöhungsvertrag abgeschlossen. Nach diesem wurde die Arbeitszeit auf 9 Stunden, der Stundenlohn bis 1. April 1907 auf 50 und 53 Pfg., und von da ab auf 52 bzw. 55 Pfg. vereinbart. — Die Differenzen im Holzgewerbe zu Mannheim sind durch Vergleich beendet worden. — Die Eisenhersteller Berlins haben den b. stehenden Tarif geändert und den Arbeitgebern bereits einen neuen Tarif unter- breitet, in welchem die Arbeitsbedingungen einer Änderung unter- zogen wurden. — Der Töpferstreik in Buzlau dauert noch fort. Die Arbeitgeber bewilligten zwar einige Zugeständnisse, doch scheiterte die Wiederaufnahme der Arbeit an der Forderung der Meister, daß die Gefellen für unbrauchbare oder fehlerhafte Ware aufzukommen hätten. Die bewilligte Lohn-erhöhung wurde darauf wieder zurück- genommen. — Die Schiffs- und Bootsbauer der Westküste aus der Umgegend von Berlin sind in einen Streik eingetreten, weil die Arbeitgeber die Forderung der Arbeiter, einen Mindeststundenlohn von 55 Pfg. bzw. 50 Pfg. zu gewähren, nicht anerkennen wollten. — In Mannheim sind die Werftarbeiter und Kohlenar- beiter zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen in eine Lohnbewegung eingetreten, die bei den ersteren bereits zum Streik geführt hat. — Die Lohnbewegung der Hamburger Schiffszimmerer ist mit einem vollen Erfolge der Arbeiter beendet worden. — Der Streik der Seeleute in Hamburg ist unverändert gegenwärtig sind ungefähr 2000 See- leute an der Bewegung beteiligt. — Die Schmiede, Stellmacher und Klempner von Hamburg und Umgegend bereiten eine Lohn- bewegung vor und haben bereits den beteiligten Arbeitgeberverbänden ihre Forderungen, bestehend in Lohn-erhöhung, Entschädigung für Überstundenarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit zugewandt. — Die Differenzen im Schuhmachergewerbe in Leipzig und Weimar konnten mit Erfolg beendet werden. — In Hamburg wollen die Besitzer der mechanischen Reparaturwerkstätten zwar den Stundenlohn auf 45 Pfg. erhöhen, lehnen eine Verkürzung der Arbeitszeit jedoch ab. Ein Streik dürfte kaum zu vermeiden sein. — Die Bergarbeiterbewegung im mitteldeutschen Braun- kohlenrevier wird weitergeführt. Deseleiden hält der Streik in den ober-schlesischen Kohlen- und Rostwerken noch an.

Das „Korrespondenzblatt“ schreibt der Fabrik- und Hand- arbeiter in seiner letzten Nummer, daß es verstanden habe, getreulich zu halten, was es versprochen hat. Der „Gewerksverein“ könne als leitendes Organ nicht entbehrt werden, erscheine wöchentlich aber nur einmal. Wer daher in unserer wahrlich sehr ereignis- reichen Zeit schnell und zuverlässig über öffentliche Vor- gänge sowohl auf dem Gebiete der hohen Politik, wie der sog. Arbeiterfrage und über viele andere, das allgemeine Interesse erregende Tagesereignisse unterrichtet sein will, dem empfehlen wir das dreimal wöchentlich erscheinende „Korrespondenzblatt“. Es kostet vierteljährlich frei ins Haus gebracht 1,50 Mk., für die kommenden beiden Monate Mai und Juni 1 Mk. Die Bestellungen sind bei dem nächsten Postamt zu machen. Ortsvereine, die über Bildungsmittel ver- fügen, sollten zum Unterricht für die Auszubildenden wenigstens auf einige Exemplare abonnieren.

Wir können diese Mahnung auch den Verbandsgenossen aus den anderen Gewerksvereinen nur aufs dringendste ans Herz legen, da nur bei regerer Unterstützung das Weitererscheinen des „Korrespondenzblatt“ gesichert ist.

Ein Reichsarbeitsgericht zu errichten, wird in einem Artikel der „National-Zeitung“ vorgeschlagen. Es soll dadurch eine einheitliche Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in sich wieder- holenden prinzipiellen Fragen ermöglicht werden. Der Gedanke ist an sich zu billigen. Es darf aber auch von einem Reichsarbeitsgericht nicht erwartet werden, daß es imstande sein könnte, eine einheitliche Rechtsprechung herbeizuführen. Einmal machen sich sehr bald mehrere Senate notwendig, und dann ist auch die Zusammenlegung derselben dem unvermeidlichen Wechsel unterworfen. Nützlich könnte ein Reichs- arbeitsgericht aber immerhin wirken, zumal diese höchste Instanz das Arbeitsvertragsrecht zweckmäßig fortzubilden vermöchte.

Der Ausstand der Bergarbeiter auf den schlesischen Kohlen- und Rostwerken dauert noch fort. Ein Teil der Belegschaft hat sich nach Weitalen gewendet, wo er bereits Arbeit gefunden hat. Auch ein Teil unserer Gewerkschafter ist nach dem Westen gegangen. Die Geschäftsleute und Hausbesitzer von Gottesberg sehen sich durch den Abzug von Hunderten von Arbeiterfamilien in ihren Interessen schwer geschädigt, und so legen sie selber alle Hebel in Bewegung, einen Ausgleich im Kampfe herbeizuführen. Eine von den Hausbesitzern einberufene Versammlung am letzten Sonntag Abend hat nun einen überaus tragischen Ausgang genommen. Zu der Versammlung, in

welcher unser Kollege Klavon den Vortrag halten wollte, war auch die Streikleitung eingeladen und mit ihr auch Huiemann vom alten Bergarbeiterverband erschienen. Diesem wurde der Eintritt aber verweigert. Das brachte große Aufregung in die Versammlung, und eine größere Anzahl Bergarbeiter verließ den Saal. Zu wenigen Minuten waren Hunderte von Arbeitern auf dem Marktplatz versammelt und immer neue Scharen strömten hinzu. Unser Kollege Klavon und die anderen Arbeiterführer hatten große Mühe, die erregten Gemüter zu beruhigen. Kollege Klavon hat daher den Versammlungsleiter den gemachten Fehler durch Einberufung einer neuen Versammlung wieder gut zu machen, denn für jetzt müsse er es ablehnen, den zugesagten Vortrag zu halten. Die Bürger machten dem Vorsitzenden Veder über sein Verhalten die heftigsten Vorwürfe; denn man habe den Huiemann zulassen müssen, nachdem man die Streikleitung eingeladen habe. Diese Vorwürfe alterierten den aufgeregten Vorsitzenden derart, daß er nach Hause lief, sich eine Stugel in die Brust jagte und dann noch Struchlin nahm, so daß er bald darauf verstarb.

Dieser Vorgang ist in hohem Maße bedauerlich. Er zeigt aber, wie groß die Erregung der gesamten Bevölkerung sein muß, wenn sie derart auf einen Menschen einzuwirken vermag, daß er Hand an sich selbst legt. Hoffentlich kommt es bald zu einer Beilegung des Kampfes.

Nach 15 Jahren des Misserfolgs hat sich der Herr v. Meßsch, der erste Minister des Königreichs Sachsen, in den Ruhestand begeben. Fast scheint es, als ob es sein Lebenszweck gewesen sei zu beweisen, daß die konservative Herrschaft die Vorfrucht der Sozialdemokratie ist. Als er kurz nach dem Sozialistengesetz die Führung der Regierung in die Hände nahm, machte sich die Sozialdemokratie im Lande ziemlich maufsig, ihr Einfluß war aber herzlich unbedeutend. Ueberdies hinderte der Landtagswahlrechtsaus, wenn er auch nur ein paar Mark betrug, daß die Sozialdemokratie jemals im sächsischen Landtage es zu irgend einer ausschlaggebenden Stellung hätte bringen können. Herr v. Meßsch ließ sich nun 1896 von Konservativen und Nationalliberalen dazu drängen, durch eine Landtagswahlrechtsreform der sächsischen Arbeiterkass die Wahlrecht zu nehmen, indem er das preussische Landtagswahlrecht für sächsische Verhältnisse zurechtstufte. Das war natürlich Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie. v. Meßsch hatte ihr die Nährverkrone auf das Haupt gedrückt und ihr dadurch eine Bedeutung beigelegt, die ihr ihrem inneren Wesen nach garnicht zuliege. Mit Hilfe dieser Bombenreklame wuchs die Sozialdemokratie in Sachsen wie die Wasserpest. Die fortgeschrittenen Schichten der Partei durch die sächsische Volkzeitung dafür, dem Verfolgungswahnsinn der sozialdemokratischen Agitatoren immer neue Nahrung zu geben und ihren demagogischen Fanatismus anzuspitzen. So hat es Herr v. Meßsch fertig bekommen, aus Sachsen das „rote Königreich“ zu machen. Wohl hatte er sein Wort verpfändet, das Wahlrechtsunrecht von 1896 wieder gut zu machen. Da der konservativ-nationalliberale Landtag seine Hand dazu aber nicht bargab, so blieb Herr v. Meßsch kaum was anderes übrig, als von dem Felde seiner unruhlichen Wirklichkeit abzutreten.

Gewerkevereins-Zeil.

§ Döbeln i. S. Im Restaurant „Thüringer Hof“ in Roffen fanden sich am Sonntag, 1. April, 16 Vertreter der Ortsvereine von Meßsch, Eberleben, Obergruna, Roffen, Köpwein und Döbeln zu einer Konferenz zusammen. Eine Anzahl Mitglieber von Roffen und Döbeln wohnten derselben als Gäste bei. Nachmittags 1/4 Uhr eröffnete Kollege G a m b s c h - K ö p w e i n die Konferenz unter herzlichster Begrüßung der erschienenen und nachdem derselbe den Zweck bekannt gegeben, wurde zur Bureauwahl geschritten. Herr R i e d e l - D ö b e l n und Schriftführer Paul S c h w a r z b a c h - D ö b e l n. Hierauf gibt Vorsitzender folgende Tagesordnung bekannt: 1. Auf welche Weise können wir unsere Vereine stärken und der Agitation im allgemeinen dienlich sein? 2. Interne und lokale Vereinsangelegenheiten. 3. Allgemeine Gewerkevereinsangelegenheiten. Dem Kollegen R i e d e l - D ö b e l n wird das Wort zu seinem Referat erteilt. Nachdem Redner die gegenwärtigen Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die Angriffe anderer Arbeitgeberorganisationen gegen die Gewerkevereine näher beleuchtet hatte, ging derselbe der Frage näher, welche Schritte sind zu tun, um die Agitation zu fördern? Redner brachte zur Ausführung, daß in erster Linie die Ortsvereinsauschüsse für pünktliche Erledigung ihrer Aufgaben Sorge zu tragen haben (hier führt derselbe die Vernachlässigung der vom sächs. Ausbreitungsverbandsvorstand betr. Aufstellung einer Statistik herausgegebenen Fragebogen an), sowie für genügende Auffklärung der Mitglieder einzutreten. Denn nur, wenn die Mitglieder ihrer Ziele bewußt sind, können sie den gegenrührlichen Angriffen mannhaft entgegenreten und sich als Gewerkevereiner bekennen. Hierzu in allen Tagesfragen Klärung zu schaffen, bietet das sächs. Gewerkevereinsblatt eine gute Stütze; aus diesem Grunde muß unermüdet für Abonnenten geworben werden. Auch müssen die Mitglieder zur Opferwilligkeit erogen werden: die Einführung von Lokalfassen in den Ortsvereinen gehöre zur unbedingten Notwendigkeit. Ferner sei das Vertrauensmännerwesen in sämtlichen Ortsvereinen einzuführen eventl. zu erweitern. Auch bestehe eine Hauptaufgabe der Gewerkevereine darin, daß sich dieselben im öffentlichen Leben mehr hervortun, d. h. sich bei kommunalen Wahlen, Gewerkegerichtsbeiratswahlen u. dergl. betätigen. Am Schluß be- rührt der Referent die Stellung des Zentralrats zum sächs. Ausbreitungs-

verband und betont, daß hierzu vom Delegiertentag in Döbeln ganz besonders Stellung genommen werden muß.

In der hierauf annähernd 3stündigen Diskussion, an welcher sich fast alle Referenten beteiligten, erklärten sich dieselben zunächst mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versprachen gleichzeitig für Durchführung der erörterten Punkte einzutreten. Zur Aufklärung der Mitglieder sind Besuche einzuführen, sowie für Gründung von Lokalfassen in den Ortsvereinen, soweit noch keine bestehen, ist Sorge zu tragen. Des weiteren wurden die Beziehungen des Zentralrats zum sächs. Ausbreitungsverbande einer eingehenden Besprechung unterzogen. Derselbe lehnte deutlich, wie weit unter den Kollegen die Erregung über die Maßnahmen des Zentralrats gegen den sächs. Ausbreitungsverband“ Maß gegriffen. Hierzu wurde ausgeführt, daß im Königreich Sachsen, wo besondere Verhältnisse bestehen, und auch das Unternehmertum in einem Landesverbande zusammengeschlossen der Arbeiterkass gegenübersteht, es dem Zentralrat, sowie einem anderen Ausbreitungsverband nicht gelingen würde, eine erfolgreiche Agitation zu betreiben.

Vom Kollegen R i e d e l - D ö b e l n wird folgende Resolution eingebracht und angenommen: „Die am 1. April 1906 in Roffen tagende Konferenz der Ortsvereine Meßsch, Eberleben, Obergruna, Roffen, Köpwein und Döbeln erklärt sich mit den gegebenen Referaten einverstanden, und versprechen die Vertreter der angegebenen Vereine dafür zu sorgen, daß eine intensivere Tätigkeit entfaltet wird. Die Konferenz spricht ferner die Erwartung aus, daß der Vorstand des Ausbreitungsverbandes für das Königreich Sachsen dafür eintritt, daß in ganz Sachsen sich mehrere Orte zu Bezirken zusammenschließen, welche alljährlich möglichst vor den Delegiertentagen des Ausbreitungsverbandes eine Konferenz abhalten um einheitlich Anträge zum Delegiertentag vorzubringen, um so die Arbeiten desselben zu erleichtern.“

Die Konferenz tritt weiter mit besonderer Entschiedenheit dafür ein, daß der sächs. Ausbreitungsverband seine Selbstständigkeit behält und erwartet vom Delegiertentag in Döbeln, daß derselbe die Beschlüsse in der Weise faßt, daß wir uns durch den Zentralrat in unserer Tätigkeit nicht lähmen lassen.“

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wird zunächst von den örtlichen Verhältnissen der verschiedenen Orte Kenntnis genommen und des weiteren die in Döbeln zum Delegiertentag des sächs. Ausbreitungsverbandes stattfindende Sitzungskongress einer Besprechung unterzogen und hierzu folgender Antrag einstimmig angenommen. Antrag: Die in Roffen stattfindende Konferenz beantragt, daß zur Sitzungskongress in Döbeln alle anwesenden Delegierten sich und Stimme haben. Note: Es ist doch jedenfalls besser, daß auch die Vereine, welche wohl klein sind, aber im Verhältnis zur Abwesenheit einen größeren Prozentsatz, als mancher größerer Verein haben, auch das Recht erhalten, mitzureden zu können. Zu Punkt 3 übergehend wird herangezogen, alljährlich eine Konferenz, und, um auch die Mitglieder mit zur Arbeit heranzuziehen, noch eine Wanderversammlung der Ortsverbände abzuhalten. Der Antrag: alljährlich mindestens eine Konferenz, vor dem Delegiertentag des sächs. Ausbreitungsverbandes“ der Ortsvereine dieses Bezirkes abzuhalten, sowie Wanderversammlungen einzuführen, wird einstimmig angenommen. Als Tagungsort der nächsten Konferenz wird Obergruna gewählt und zur nächsten Wanderversammlung, welche im Fall dieses Jahres stattfinden soll, wird als Tagungsort Meßsch angenommen. Ein Bureau, gebildet von den Kollegen G a m b s c h - K ö p w e i n, R i e d e l - D ö b e l n und Wend-Meißsch, wird beschloffen bis zur nächsten Konferenz bestehen zu lassen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt, wird das Protokoll bekannt gegeben und beibehalten angenommen. Hierauf wird von Seiten der Vertreter dem Bureau für die Leitung Dank ausgesprochen und nachdem schließlich Kollege G a m b s c h mit Dankworten für die Aufmerksamkeit und Ausdauer seitens der Vertreter die Konferenz abends 1/49 Uhr, mit dem Wunsch, die heutigen Aussprachen und gefassten Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen. P. S c h w a r z b a c h.

§ Roffen. Am 31. März referierte hier in einer öffentlichen Gewerkevereinsversammlung im Schlesiens Hof unser Verbandssekretär R e u s e d t - B e r l i n über: „Die Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen als notwendiger Kaktus für Kultur und Fortschritt“. Der Saal war gut besetzt; auch der aus Frauen der „besseren Kreise“ bestehende Vorstand des christlichen Gelmarbeiterinnen-Vereins hatte sich eingefunden. Der Vortrag unseres Verbandsgenossen betraufte zunächst die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Entwidlung der Technik sowie die Fortschritte auf wissenschaftlichen Gebieten haben befruchtend auf Kultur und Bildung im Vaterlande gewirkt. Leider habe die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht Gelegenheit, im berechtigten Maße an dem Aufschwung des Kulturlebens zu partizipieren. Ueberlange Arbeitszeit stumpft die körperlichen und geistigen Kräfte der Arbeiter frühzeitig ab. Ebenso haben die Lohnverhältnisse nicht diejenige Verbesserung erfahren, die eigentlich durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise und der anderen für die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung in Betracht kommenden Gegenstände bedingt sei. Das Streben der Arbeiterorganisationen, hierzu Abhilfe zu schaffen, ist deshalb ein gerechtfertigtes, ist gleichbedeutend mit einer Förderung des allgemeinen Kulturlebens. Dies in gedrängter Kürze der Gedankengang des Vortrages, der auch die Stellungnahme der Deutschen Gewerkevereine zu den brennend gewordenen Fragen des Arbeiterlebens eingehend behandelte. Der packende Vortrag fand reichlichen Beifall. In der Diskussion hatte der Führer der hiesigen christlichen Organisation, Arbeiter-Sekretär S i n k o w s k i, gegen den Inhalt des Vortrages nichts einzuwenden. Einige für ihn und seine Organisation unabweimelbare Tatsachen stellte der Redner als politisch hin, der angeblich „neutrale“ Standpunkt seiner Organisation zu den wirtschaftlichen Fragen näheres Eingehen darauf. Jedenfalls fürchtete der Diskussionsredner, daß der Standpunkt seiner Organisation zu den wirtschaftlichen Fragen wenig Verständnis und sein Appell zum Eintritt in christliche Gewerkevereine noch weniger Berücksichtigung finden würde. Auch die sogenannten „freien“ Gewerkevereine hatten sich einen Redner aus Breslau verschreiben lassen, der nach dem bekannten Rezept sozialdemokratischer Arbeiterführer und dem „Seitiger“ der „Seitiger“ für seine Richtung durch Schimpfen auf andere Organisationen Propaganda machen wollte. Angst und bange wurde den Anwesenden, als „Genosse Hawad“ seine „Wandwurmrede“ begann. Die Geburt der Zuhörer wurde auf eine harte Probe gestellt, obgleich Herr Hawad durch seine unheimlich konstruierten Schilderungen unfruchtlich oftmals für Erpeiterung der

münde und Torgelow waren erschienen. Der Herr Referent erzielte für seine sachlichen Ausführungen großen Beifall, namentlich zum Schluss als er über den Unterschied zwischen den Gewerksvereinen und den sozialdemokratischen Organisationen sprach. Nach einigen weiteren Erläuterungen meinerseits und Aufforderung zum Beitritt meldeten sich nach Schluss der Versammlung 3 Mann zur Aufnahme. Somit besteht unser neuer Ortsverein aus 18 Mitgliedern; wir hoffen jedoch in Kürze stärker zu werden. Herrn Pfeiffer nochmals besten Dank für sein Referat. G. Renner, Kassierer.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/222. Gäste willkommen. — **Längere der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Redaktionsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Prinzer Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 5. Mai. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr, Ackerstr. 6-7. I.-D.: Vortrag des Kollegen Weichauf über: „Die Aufgabe der Gewerksvereinspresse.“ Besprechung über Herrenpartie. Monatsbericht. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kruchstr. 36a, Versammlung mit Damen. Tialit-Rezitation des Herrn Otto Wiemer. Nachdem Tanz. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr, Zeltowstr. 3. Vortrag des Herrn Zitzgang: „Die Gefahren in den gewerblichen Betrieben.“ Werksanfrage-legenheiten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Stettinerstr. 60. Vortrag über: Lungenschwindsucht, ihr Wesen, Verhütung und Heilung. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Weiner, Gorkipferstr. 52. I.-D.: Monatsbericht. Ausflug am Himmelstagsfest u. a. Regulatorparade. — **Graph. Berufe und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Krause, Neue Grünstr. 28. I.-D.: Generalarversammlung. Stühnwahl. Anträge zum Delegiertentag. Generatatsprotokoll. Monatsbericht. Verschiedenes. — **Brauerei-Hilfsarbeiter VII.** Donnerstags, 10. Mai, Ab. 8 Uhr, Großbeerenstr. 63, bei Wigans. I.-D.: Protokoll. Stellungnahme zum Lohnpar. Vereinsangelegenheit. Verschiedenes. **Friedrichsb. Maschinenbau- und Metallarbeiter.** Sonn-

abend, 5. Mai, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Gebr. Arnhold, „Schwarzer Adler“ Frankfurter Chaussee 5. Versammlung mit Damen. Vortrag des Herrn Dr. W. Pirnbauer: „Wettstreit und deren Lösung.“ Nachdem gefestigtes Beisammensein. — **Schöneberg u. Umgegend. Graphische Berufe und Maler.** Montag, 7. Mai, Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Sorge, Hauptstr. 96. I.-D.: Generatatsprotokoll. Monatsbericht. Mitteilungen. Anträge zum Delegiertentag. — **Magdeburg. Graph. Berufe u. Maler.** Sonnabend, 5. Mai, Ab. 9 Uhr, Krankenkassen- und Gewerksvereinsversammlung. I.-D.: Anträge zu unserem diesjährigen Delegiertentag am 28. Juli. Beschlussfassung über Bestellung eines Ortsverbandssekretärs.

Orts- und Bezirksverbände.

Stettin (Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Frauier, Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen.) — **Norddeutscher Ausbreitungsverband (Stettin).** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Ergelse, Stettin, Schifferstr. 9. Diskussionsabend. Gäste stets willkommen. — **Herze (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachmittags von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. Schulz-Müller, Dietrichshöhe. — **Greifswald (Ortsverband).** Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2-10 Uhr, im Lokale des Herrn Giesow, Postmarkt 1, Diskussionsabend. — **Stettin (Ortsverband).** Sonnabend, 5. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Glockenbuch, Kaiserstr. — **Tuisburg (Ortsverband).** Sonntag, 6. Mai, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Weiler, früher Gubal, in Kayort, am Markt. I.-D. das. Zahlreiches Erscheinen dringender erforderlich. — **Wetter u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 6. Mai, nachm. 5 Uhr, im Saale der Witwe Quast, Grundschädel bei Wolmowstein, Ortsverbandversammlung. I.-D.: Vortrag des Kollegen Wehmann-Dortmund. — **Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 6. Mai, morgens 9 Uhr, Zuschussführung in „Königswohrt“, Krüchstr. 12. — **Eisen-Ruhr (Distriktsklub).** Freitag, 11. Mai, Abends 8-10 Uhr, bei Schellbach, Kroghausstr. Vortrag über: Realisationsrecht, I. Teil (Gesellschaftliches). Gäste willkommen.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Ulm (Ortsverband). Walter, Schriftführer, Neu-Ulm, Sanftstr. 8. **Bochagen-Hammelsburg.** Vertreter im Zentralrat G. Heinemann, Venbachstr. 12, Stuhl 1.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Zeitschrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Carl Sahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Verbandstagsprotokoll von Hannover. Preis 50 Pfg.
Leitfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Regewerker durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.
Fragebüchlein zum Invaliden-Versicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 10x230 mm. Preis 50 Pfg.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Zeitschrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Lunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Kollektionslehre von Dr. G. S. Fuchs. Preis 80 Pfg.
Thätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Lunder). Bericht an den Verbandstag von Karl Goldschmidt. Gratis.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter, Berlin und A. Berndt, Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt, Berlin und Johann Bornbluth, Bromberg. Gratis.
Leihverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Sahn, Purg und J. D. Käfer, Nürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitstag, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
Die Deutschen Gewerksvereine, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik von Dr. Max Hirsch. Gratis.
Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Nach alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Endhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.
Das Bureau des Centralrats. Rudolf Klein.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine
Greifswalderstr. 221/23.
Sonnabend, den 5. Mai 1906, abends 1/9 Uhr, im großen Festsaal
Vorlesung: Das Neueste in lebenden Photographien.
Eintritt: Herren 20 Pfg., Damen 10 Pfg. Nachher Familienkränzchen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine
Berlin N.O.,
Greifswalderstraße 221/23.
Treffpunkt aller Gewerksvereine:
follegen an den Abenden und
... an jedem Sonntag ...
Prächtige Kaffee-, große Restauration
mit vorzüglicher Küche, Bier-Getränken.
Alles den Anforderungen der Neuzeit
entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung
v. Versammlungen, Sitzungen, Sommer-
vergünstigungen jeder Art allen Orts-
vereinen und Mitgliedern bestens em-
pfehlend, ladet zum Besuch freundlichst
ein
Carl Berndt, Deconom.
Medizinalverband Berlin
und Vorort.
General-Versammlung
am Dienstag, 22. Mai cr., abends
8 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 221/23.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1905
auf feinem Papier gedruckt,
dauerhaft gebunden, für Ver-
bandsangehörige und Vereins-
bibliotheken 3.50, sonst 6 Mk.
NB. Frühere Jahrgänge
werden zu demselben Preise
abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O.,
Greifswalderstr. 221/23.
Oeldendungen
an den Verbandskassierer
R. Klein,
... Berlin N.O., ...
Greifswalderstr. 221/23.

Tages-Ordnung:
I. Kasfen- und Revisionsbericht pro
I. Quartal 1906. II. Geschäftliches.
Der Vorstand.
J. K.: G. Körner, Schriftführer,
Posteuftr. 22.
Leipzig (Ortsverb.). Reinrad
Joerg, Salsengasse 10. Durchreisende
Mitglieder des Gewerksvereins der
Zähler erhalten 50 Pf. Unterstützung.
Eisenach (Ortsverband). Karten
beim Kassierer Eduard Hartmann,
Biesenstraße 10.

Zpandan (Ortsverb.). Verpflegungsa-
rten bei Worten, Gabelstr. 4 III.
**Neckermünde u. Umgegend (Orts-
verband).** Durchreisende Verbands-
follegen erhalten 50 Pfg. Karten beim
Reinradkassierer Otto Ganschow,
Chausseestr. 7.
Magdeburg. Bauhandwerker 75 Pf.
bei E. Schröder, Sulfenstr. 14.
Essen (Ruhr). Herberae zur Heimat.
Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten
im Gewerksvereins-Bureau, Post-allee 33.